

## Umwelt & Energie

### Aus der Sitzung der Deputation für Umwelt & Energie vom 5. Mai 2011:



Jens Dennhardt,  
umwelt- und  
energiepolitischer  
Sprecher

#### +++ Messreihe: Weniger Schwermetalle im Stahlwerke-Staub +++

Staub, der als Folge der Stahlproduktion bei Arcelor Mittal in die Umwelt gelangt – das geht vielen Anwohnern im Bremer Westen und auf der anderen Weserseite gehörig auf die Nerven. Der Druck von Bürgern und Politik scheint

jedoch langsam zu wirken: Bestimmte Inhaltsstoffe im Feinstaub bzw. im Staubbiederschlag sind im vergangenen Jahr einem Gutachten zufolge zurückgegangen. Die Umweltdeputation beschäftigte sich am 5. Mai mit den Ergebnissen eines Messprogramms, das vom TÜV Süd durchgeführt worden war. An elf Punkten im Umkreis des Hüttenwerks war gemessen worden – mit dem Ergebnis, dass die vorgeschriebenen Grenzwerte eingehalten würden. Deutlich abnehmende Trends wurden bei Arsen, Blei und Nickel verzeichnet.

„An den zum Teil deutlichen Verringerungen zeigt sich, wie wichtig es ist, neueste technische Möglichkeiten für den Schutz der Umwelt und der Anwohnerinnen und Anwohner zu ergreifen. Dass die Grenzwerte eingehalten werden, muss für ein solches Werk in der Nähe von Wohngebieten allerdings als Selbstverständlichkeit gelten“, sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Jens Dennhardt.

Arcelor Mittal dürfe nicht nachlassen, die Belastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner bei Staub und Lärm entsprechend dem technischen Fortschritt weiter zu reduzieren, so Dennhardt. Der SPD-Politiker: „Die im Zusammenhang mit den Staubereignissen geplanten Maßnahmen müssen nun weiter wie geplant umgesetzt werden.“

Dennhardt begrüßte die Einweihung der Konvertergasanlage und der Sekundärentstaubung. Dies seien wichtige Schritte hin zur Entlastung der Anwohner. Nicht übersehen werden dürfe jedoch auch die Belastung der Menschen durch Lärm durch die Stahlwerke. In letzter Zeit habe es entsprechende Beschwerden gegeben, berichtete Dennhardt. ...

## Umwelt & Energie

... Wahrscheinliche Ursache: so genannte Durchbläser. Das Umweltressort habe ihm signalisiert, dass derzeit geprüft werde, ob durch organisatorische oder technische Maßnahmen „Abblasgeräusche“ reduziert werden können.

### **+++ Bremen bietet künftig 40 Plätze für das Freiwillige ökologische Jahr an +++**

Die Umweltdeputation hat sich heute auf Initiative des umweltpolitischen Sprechers der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Jens Dennhardt, mit dem neuen Bundesfreiwilligendienst (BFD) und dem Jugendfreiwilligendienst (FSJ/FÖJ) beschäftigt. Der BFD wird ab 1. Juli dieses Jahres an die Stelle des bisherigen Zivildienstes treten. Im Rahmen des BFD werden bundesweit 35.000 Plätze zur Verfügung gestellt. Zusammen mit den Plätzen des Jugendfreiwilligendienstes FSJ/FÖJ wird es zukünftig in Deutschland insgesamt rund 70.000 Plätze geben.

„Bremen wird in Zukunft 40 FÖJ-Plätze anbieten. Das ist eine gute Nachricht. Wir werden uns aber genau anschauen müssen, ob das ausreicht, um den Wegfall der Zivildienststellen im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes zu kompensieren“, so Dennhardt. Wichtig sei darüber hinaus auch, darauf zu achten, dass der BFD die bereits bestehenden FÖJ-/FSJ-Plätze lediglich ergänze und nicht etwa verdränge.

Insgesamt wären mit dem neuen BFD noch sehr viele offene Fragen verbunden, insbesondere was Umsetzung und Zuständigkeiten, aber auch was die Finanzierung im Einzelnen anbelangt. „Hier ist die Bundesregierung gefordert, so schnell wie möglich Klarheit zu schaffen. Das betrifft vor allem die unsinnige Schlechterstellung des Bundesfreiwilligendienstes beim Kindergeld. Das muss auf jeden Fall korrigiert werden“, so Dennhardt. „Wenn die Bundesregierung endlich ihre Hausaufgaben gemacht hat, bietet der BFD große Chancen, weil er z. B. auch flexiblere Antrittstermine ermöglicht“, so Dennhardt abschließend.

## Umwelt & Energie

### +++ Außerdem in der Deputation +++

Die SPD-Abgeordnete Manuela Mahnke bat in der Deputationssitzung um einen Bericht zum Umsetzungsstand des von der SPD maßgeblich mitgestalteten Bürgerschaftsbeschlusses „**Lärmschutz** an Bahnstrecken und Schienenfahrzeugen verbessern“. In dem Bericht wird u.a. dargestellt, dass der Bundesrat am 15. April 2011 eine Entschließung verabschiedet hat, die das Ziel der Bundesregierung unterstützt, den Schienenlärm in diesem Jahrzehnt zu halbieren. Eine Reihe konkreter Umsetzungsschritte steht jedoch noch aus.

Der Umweltsenator gab außerdem einen mündlichen Bericht zum Stand des neuen Entwurfs der Bundesregierung zum **Kreislaufwirtschaftsgesetz** ab. Ziel der rot-grünen Koalition ist die kommunale Steuerung der Abfallsammlung. Der Entwurf der Bundesregierung berücksichtigt hingegen bisher im Wesentlichen Interessen der privaten Abfallwirtschaft und senkt die Umweltstandards gegenüber ursprünglichen Entwürfen.

## Umwelt & Energie

### Aktuelles

#### **+++ SPD erwartet Auskünfte zu nächtlichem Fluglärmschutz +++**

„Ich hatte Umweltsenator Loske um einen Bericht zum nächtlichen Fluglärmschutz für die Mai-Sitzung der Deputation für Umwelt und Energie gebeten“, so Jens Dennhardt, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Die Deputation war die federführende Deputation zum Aktionsplan zur Lärminderung und die Fluglärmbeauftragte ist Mitarbeiterin des Loske-Ressorts. Das Ressort hat jedoch den Bericht in der Deputation verweigert, weil „keine der erbetenen Antworten aus unserem Haus gegeben werden kann“, so das Ressort. Es betrachte die gestellten Fragen zum Fluglärmschutz nicht als Angelegenheiten seines Verwaltungszweiges.

„Wir haben heute eine Kleine Anfrage in dieser Sache an den Senat auf den Weg gebracht“, so Dennhardt. Der SPD-Umweltexperte erwartet unter anderem Auskunft darüber, zu welchen Terminen seit 2007 der Flugplan am Flughafen Bremen im Bereich der Nachtflugbeschränkungen zwischen 22.00 und 7.00 Uhr geändert wurde und welche konkreten Veränderungen dabei mit Blick auf den Flugplan jeweils vorgenommen wurden. „Darüber hinaus interessiert mich, wie sich die jeweils mit den zwischen 22.00 und 7.00 Uhr geplanten Flügen verbundenen Ausnahmegenehmigungen seit 2007 entwickelt haben. Wie viele Ausnahmegenehmigungen wurden seitdem erteilt, wie viele wurden abgelehnt und wie wurde dies begründet. Wichtig ist mir hier auch eine nachvollziehbare Dokumentation.“

Die Initiative kann hier nachgelesen werden:

<http://spdfraktion-bremen.de/popup.php?module=aktuelles&action=popup&relation=direct&elementID=2497>

## Umwelt & Energie



Rainer Hamann

### +++ Elektro-Taxis für Bremen gefordert / SPD-Diskussion zur E-Mobilität mit Wirtschaftssenator +++

Elektromobilität - das ist mehr als nur ein Lifestyle-Thema. Dies wurde bei einer gut besuchten Diskussionsveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS) deutlich, an der auch Wirtschaftssenator Martin Günthner als Referent teilnahm. Günthner betonte zunächst die überragende Bedeutung des Transport- und Mobilitätssektors für die Stadt Bremen. Er zeigte sich zuversichtlich, dass Bremen auch in einer elektrifizierten Zukunft eine bedeutende Rolle spielen werde. Dr. Iris Spieß, SPD-Bürgerschaftsabgeordnete und Forscherin am Bremer Fraunhofer-Institut, skizzierte die Zusammenhänge zwischen der bundesrepublikanischen Energieerzeugung und -versorgung und der Elektromobilität. In Zukunft müsse deutlich mehr in „Intelligente Netze“ investiert werden, betonte Dr. Spieß; auch neuartige Batterien seien notwendig. „Sonst besteht die Gefahr, dass wir durch Elektromobilität kein Gramm Co<sub>2</sub> einsparen“, so die Wissenschaftlerin.

Nach der politischen und wissenschaftlichen Bewertung folgte eine praxisnahe Demonstration wirtschaftlicher Praktikabilität durch Jan Cassalette, Herausgeber eines Fachmagazins für das Taxigewerbe und AGS-Vorstandsmitglied.

### **E-Mobil günstiger als ein Verbrenner**

„Bereits heute lohnen sich Elektrofahrzeuge, wenn man alle anfallenden Kosten - also Anschaffung und Betrieb - berücksichtigt. Nach ein einigen tausend Kilometern Laufleistung wird ein E-Mobil günstiger als ein Verbrenner - vor allem, wenn die Treibstoffkosten in Zukunft weiter steigen“, so der Taximann. Für die Modellregion Bremen/Oldenburg sei dies von entscheidender Bedeutung. Für den SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Rainer Hamann, der die Veranstaltung moderierte, ist der Fall klar: „Wir wollen E-Taxis in Bremen haben!“ Der Umweltsenator müsse nun prüfen, welche Standorte in der Stadt für Ladestationen geeignet sind. Peter Zerfowski, Vorstandsvorsitzender der AGS Bremen, lenkte die Aufmerksamkeit ...

## Umwelt & Energie

... noch auf einen anderen Aspekt: „Wir wollen E-Mobilität voranbringen - und das ohne ideologischen Tunnelblick.“

Wer wie manche politische Zeitgenossen jeglichen Individualverkehr verteufele und darum auch in der Elektromobilität eine Gefahr sehe, ignoriere die Lebenswirklichkeit in den Städten und die Bedürfnisse ihrer Bewohner. In jedem Mobilitätsmix bleibe die individuelle Mobilität für die gesamte Bevölkerung unverzichtbar.



Jürgen Pohlmann,  
baupolitischer  
Sprecher

**++ Neuer B-Plan besiegelt das „Aus“ für den Monster-Schredder ++**

Der „Monster-Schredder“ am Waller Feldmarksee kommt nicht - und dies ist kein Wahlkampfgetöse, sondern eine klare Vorgabe an die Verwaltung durch die Bürgerschaft.

Die Baudeputation hat am 14. April beschlossen, einen neuen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Waller Straße, Maschinenfleet, Waller Fleet und Fahrwiesendamm aufzustellen - gegen die Stimmen der CDU. Den „Belangen der Naherholung“ am Waller Feldmarksee solle künftig ein stärkeres Gewicht beigemessen werden, heißt es in der Beschlussvorlage. „Damit sichern wir planungsrechtlich ab, dass es hier keine neuen Betriebe der Abfall- und Entsorgungswirtschaft mehr geben wird“, erläutert der Waller SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Jürgen Pohlmann.

„Hier wird keine Schredderanlage stationiert werden, die dieses Naherholungsgebiet kaputtmacht. Dies ist ein Erfolg all jener, die sich gegen diese Planungen gewehrt haben - und einer Politik, die sich an den Interessen der Menschen im Stadtteil orientiert“, so der SPD-Politiker.

## Umwelt & Energie



Winfried Brumma

### +++ Energiewandel muss bezahlbar sein / SPD informierte sich über Gewoba-Projekte +++

Klimaschutz: Das ist auch eine soziale Frage. Wenn sich nur Wohlhabende eine gute Hausdämmung und effiziente Heiztechnik leisten können, gucken breite Teile der Bevölkerung in die Röhre - und zahlen dicke Rechnungen an ihre Energieversorger. Was kann im Mietwohnungsbau getan werden? Darüber informierte sich jetzt der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Winfried Brumma gemeinsam mit sozialdemokratischen Beiratsmitgliedern bei der Gewoba in Kattenturm.

„Um aus der Atomkraft mit ihren unkalkulierbaren Risiken auszusteigen, müssen wir auch den ‚Energiewandel‘ in den Stadtteilen beschleunigen. Die Gewoba als städtisches Unternehmen ist dabei ein wichtiger Partner“, so Winfried Brumma. Der Obervielander Abgeordnete erfuhr bei seinem Rundgang mit Vertretern der Wohnungsbaugesellschaft, dass die Gewoba jedes Jahr 20 Millionen Euro in die Energieeffizienz investiere. Jedes Gebäude solle ein so genanntes „8,7-Liter-Haus“ werden, ohne die Mieter über Gebühr finanziell zu belasten.

Energiesparcheck und Energieberatung haben der Gewoba zufolge bereits nachweisbar zu Kosteneinsparungen für die Mieter geführt. Immerhin bedeuten ein Grad Celsius „weniger“ satte sechs Prozent Energieeinsparung. Dass die Gewoba massiv auf die Information ihrer Kunden setze, sei der richtige Weg, so Brumma.

Die SPD-Politiker besichtigten unter anderem die Photovoltaik-Anlage auf dem Gebäude in der Alfred-Faust-Straße. Auf 400 Quadratmetern Fläche wurden von Juli 2009 bis Ende 2010 79.700 Kwh Strom aus Sonnenenergie erzeugt und in das Netz eingespeist.

Inzwischen wurde auch in der Agnes-Heinecken-Straße eine ähnliche Anlage montiert. Das neue Blockheiz-

kraftwerk, das die Besucher aus der Politik ebenfalls in Augenschein nahmen, wird mit Bio-Methan-Gas beheizt. ...



Besichtigung der Photovoltaik-Anlage auf dem Gebäude Alfred-Faust-Straße. Foto: privat

## Umwelt & Energie

... Die neuen Heizkessel sollen ab Juli 2011 durch das neue Blockheizkraftwerk in der Hermann-Entholt-Straße angetrieben werden. Gleichzeitig werden auch die Heizleitungen in den Gewoba-Häusern neu gegen Wärmeverlust isoliert. Das Heizwerk soll zunächst 1.400 Wohnungen in Kattenturm versorgen.

## Politische Initiative

### +++ Stockangelrecht auf der Weser nicht beschneiden +++

Im April hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit dem Koalitionspartner einen Änderungsantrag ins Parlament eingebracht. Der vom Senat vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Fischereigesetzes eröffnet die Möglichkeit von Beschränkungen des Fischfangs nach dem Stockangelrecht. Die Begründung lautet, die in das Gesetz aufgenommene Ermächtigung zu einem Stockangelverbot auf der Seeschiffahrtsstraße Weser sei sicherheitsrelevant. Dies erscheint angesichts der Jahrhunderte langen weitgehend konfliktfreien Koexistenz von Schifffahrt und Stockanglern aber überregulierend. Nachzulesen ist der Antrag unter:

<http://spdfraktion-bremen.de/popup.php?module=aktuelles&action=popup&relation=direct&elementID=2481>

## Umwelt & Energie

### Aus der Bremischen Bürgerschaft

Landtag am 06. April 2011

#### +++ Atomreaktoren abschalten – Energiewende jetzt! +++

Die aktuelle Katastrophe in Japan hat die Diskussion um die zivile Nutzung der Atomenergie weltweit neu entfacht. Sie zeigt, dass selbst ein Hochtechnologieland die sogenannten Restrisiken der Atomkraft nicht gänzlich ausschließen kann. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat einen Antrag initiiert, in dem u. a. gefordert wird, alle sieben ältesten Atomkraftwerke (AKW) und das AKW Krümmel sofort und endgültig vom Netz zu nehmen. Jens Dennhardt, umwelt- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion erklärte: „Bremen ist umzingelt von Atomkraftwerken. Das sogenannte Moratorium reicht nicht. Wir brauchen nicht nur eine Rücknahme der Laufzeitverlängerungen sondern den schnellstmöglichen und endgültigen Atomausstieg! Deshalb bitten wir den Senat, alle rechtlichen Maßnahmen, die hierfür erforderlich sind, zu ergreifen.“ Auch der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Nutzung der Potenziale von Energieeinsparung und Energieeffizienz müsse vor Ort konsequent und noch energischer vorangetrieben werden. Dennhardt weiter: „Mein Appell an Frau Merkel: Lassen Sie die Atomkraftwerke von den Betreibern rechtlich versichern und stellen sie ihnen die Kosten der sehr langen kontrollierten Atommülllagerung voll in Rechnung. Dann hat die Lüge vom billigen Atomstrom endlich ein Ende und dem Atomgeschäft wird seine hoch subventionierte Grundlage entzogen.“



## Umwelt & Energie



Frank Schildt,  
hafenpolitischer  
Sprecher

**+++ Bremische Häfen so bald wie möglich für Kernbrennstoffe sperren +++**

„Umschlag und Transport von Kernbrennstoffen über die bremischen Häfen sollen unterbunden werden, weil sie eine unmittelbare Gefährdung der Bürger Bremens und Bremerhavens bedeuten“, so der hafenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Frank Schildt. Die Bürgerschaft bekräftigte ihren Willen, den Transport von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten über die bremischen Häfen schnellstmöglich, konsequent und unter Berücksichtigung aller rechtlichen Möglichkeiten zu unterbinden. „Wir möchten danach“, erklärte Schildt, „zu einem fundierten Urteil kommen, wenn das entsprechende Gutachten des Senats vorliegt. In dieses sollen auch die Initiativen der Linken Eingang finden. Die Umschläge von Kernbrennstoffen gefährden die Gesundheit von Bevölkerung und Beschäftigten der Häfen – das gilt es zu verhindern.“

## Besucher willkommen!

Die neuen Termine von Stadtbürgerschaft und Landtag werden nach der **Bürgerschaftswahl**, die am **22. Mai** stattfindet, festgelegt. Wir informieren Sie gern über die Termine, wenn Sie sich bei uns für einen Besuch vormerken lassen. Sie können uns unter der Telefonnummer 0421 – 336 77 15 anrufen, um sich für eine Sitzung als BesucherIn anzumelden.

## Rede im Wortlaut:

### Debatte zur Aktuellen Stunde zur Weservertiefung (Landtagssitzung vom 26.01.2011):

**Frank Schildt:** „[...] Ich sage eindeutig und klar, dass die Verabredung in der Regierung, aber darüber hinaus für die SPD-Fraktion klar ist, wir brauchen die Außenweservertiefung genauso wie die Unterweservertiefung, weil beide Vertiefungen wichtig sind für die Häfen im Land Bremen und für die Häfen, die hinter Bremen kommen, nämlich für die Flussläufe! [...]“

Die ganze Rede ist abrufbar unter: <http://spdfraktion-bremen.de/koepfe/person/27/reden>